

Beratung und Unterstützung

Betroffenenberatung Niedersachsen – Regionalbüro Nordwest

Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

www.betroffenenberatung.de

Distance – Ausstieg Rechts

www.distance-ausstieg-rechts.de

Weiterführende Informationen

Recherche Nord

www.recherche-nord.com

Twitter

[@OIRnn](#) [@AAabstand](#) [@Pixel_Matsch](#) [@editionflint](#) [@nutshellfotos](#)



Kontakt

**Mobile Beratung Niedersachsen
gegen Rechtsextremismus für Demokratie**

Web: www.mbt-niedersachsen.de

E-Mail: info@mbt-niedersachsen.de

Twitter: @MBTnds



Für Sie in der Region

Regionalbüro Nord/West in Oldenburg (Oldb.)

E-Mail: nordwest@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0157 328 835 89

Regionalbüro Nord/Ost in Verden (Aller)

E-Mail: nordost@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 213 590 11

Regionalbüro Süd in Hildesheim

E-Mail: sued@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 034 314 29

JAHRESBERICHT 2020 DER
MOBILEN BERATUNG NIEDERSACHSEN

EXTREM RECHTE STRUKTUREN UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IM NORDWESTEN

Träger:

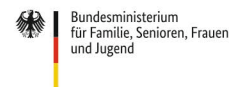
WABE e.V.

Holzmarkt 15

27283 Verden (Aller)



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Landespräventionsrat
Niedersachsen
LDZ Landes-Demokratiezentrum
Niedersachsen

Die Veröffentlichung stellt
keine Meinungsäußerung des
BMFSFJ, des BAFzA oder
des L-DZ Niedersachsen dar.

Niedersachsen

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus

für Demokratie

Rechtsextremismus und seine autoritären Ideologien wie Antisemitismus und Rassismus gehören auch im Nordwesten Niedersachsens zum Alltag. Das Regionalbüro Nordwest (welches für 13 Regionen und fünf kreisfreie Städte zuständig ist) erreichen regelmäßig unterschiedliche Beratungsanfragen zum Umgang hiermit.

Dieser Flyer soll einen Einblick in rechte Strukturen in der Region geben und aktuelle Entwicklungen aufzeigen. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Da die Szene je nach Landkreisen unterschiedlich ausgeprägt ist, kann dieser Flyer somit lediglich einen ersten kurzen Einblick geben. Weiterführende und spezifische Rückfragen zu Szenestrukturen können gerne an das Regionalbüro gestellt werden.

Auflösungserscheinungen – klassische extrem rechten Strukturen im Nordwesten

Viele Jahre waren die NPD und Kameradschaften die bestimmenden Organisationen der extremen Rechten. Die vier Unterbezirke der NPD in Region haben sich seit 2016 jedoch kaum durch politische Aktivitäten hervorgetan.¹ Auch Kameradschaften waren kaum wahrnehmbar. Zuletzt waren öffentlichkeitswirksame Auftritte lediglich durch eine Kameradschaft aus dem Emsland wahrnehmbar. Dahingegen gibt es in Oldenburg und im Bremer Umland sogenannte Bruderschaften, die sich klandestiner und streng hierarchisch organisieren.²

Zu beobachten ist eine Vermischung zwischen Kreisen von Hooligans, Neonazis, Türstehern und Rockern. Mitglieder dieser Mischszenen trainieren häufig Kampfsport und sind gut vernetzt. Im Landkreis Oldenburg trainieren so zum Beispiel Vertreter dieser Szene in einem Gym.

Während die NPD und andere rechtsextreme Parteien im Nordwesten Niedersachsens kaum relevant sind, haben sich hier über die letzten Jahre feste Strukturen der AfD etabliert. Einige Kreisverbände sind von Flügel-Anhänger*innen geprägt.³

¹ So verlor 2016 die NPD ihren Sitz im Oldenburger Stadtrat, was dem Unterbezirk eine gewisse Relevanz einräumte.

² So nahmen z.B. Mitglieder von *Blood Brother Nation* am Frauenmarsch 2018 in Delmenhorst teil. Ein weiteres Mitglied wurde außerdem bei „Querdenken“-Protesten gesichtet.

³ Trotz Auflösung des rechtsextremen *Flügels* bestehen weiterhin personelle Verbindungen und Strukturen. Der Landesverband der AfD wird seit der Wahl des Landesvorstandes von *Flügel*-Anhänger*innen dominiert. Andreas Iloff (Kreisverband Diepholz) wurde zum Beisitzer gewählt. Gerhard Vierfuß (Oldenburg) teilt Positionen des *Flügels* und vertrat die „Identitären“ vor Gericht.

Proteste gegen Coronamaßnahmen

Auch im Nordwesten Niedersachsens wird seit März gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie protestiert. An zahlreichen Orten fanden kleinere und größere Kundgebungen sowie Demonstrationen statt, u.a. in Osnabrück, Oldenburg und Ostfriesland. Teilnehmende in an diesen Versammlungen nahmen auch auf den Großdemonstrationen in Berlin und Leipzig teil. Die Proteste sind nicht nach rechts abgegrenzt und vereinen ein vielfältiges Spektrum u.a. von Corona-Leugner*innen und Impfgegner*innen, teilweise mit esoterischen Ansichten, sowie Personen aus unterschiedlichen Strukturen der organisierten extremen Rechten.⁴ Ein Bindeglied zwischen den verschiedenen Spektren bilden antisemitische Bilder und Verschwörungsmysen, die sich chiffriert in zahlreichen Symbolen und Aussagen wiederfinden. So wird oftmals der Holocaust relativiert, indem die aktuellen Maßnahmen der Regierung mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werden.

Das Spektrum tauscht sich in verschiedenen Telegramgruppen (u.a. „Querdenken“, „Freiheitsboten“) und in sozialen Medien aus. Diskussionen sind geprägt von zahlreichen Halbwahrheiten und Falschmeldungen. Es wird Bezug genommen auf Verschwörungserzählungen wie „Q-Anon“⁵ und sich auf Medien berufen, die solche Inhalte vertreten (u.a. KenFM und Rubikon). Die Souveränität der Bundesrepublik wird angezweifelt⁶ und wie bei den Versammlungen wurde auch hier der Holocaust in einigen Gruppen relativiert. Darüber hinaus wurde in den Gruppen zu verschiedenen Aktionen aufgerufen. Seit Sommer 2020 haben zudem die „Klagepaten“ einen Sitz in Oldenburg. Hierbei handelt es sich um den rechtlichen Arm der „Querdenken“-Bewegung, dessen Anwalt*innen bundesweit gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie klagen.

In den letzten Monaten hat sich das Spektrum zunehmend radikalisiert. Journalist*innen werden am Rand von Kundgebungen während ihrer Arbeit beleidigt und bedrängt. In Oldenburg kam es im Oktober zu einem Übergriff. Einhergehend mit den Protesten erreichen die Mobile Beratung zahlreiche Anfragen von Personen, die in ihrem beruflichen oder privaten Umfeld mit Verschwörungserzählungen konfrontiert werden und um Rat bitten.

⁴ So haben in Oldenburg ein Mitglied einer neonazistischen Bruderschaft sowie eine bekannte Holocaustleugnerin an den Versammlungen teilgenommen.

⁵ Die QAnon-Erzählung behauptet, dass eine weltweit agierende Elite Kinder entführe, um aus ihrem Blut Adrenochrom (eine Verjüngungsdroge) zu gewinnen. Die Erzählung wurde zunächst in den USA, während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016, in Umlauf gebracht. Seit Beginn der „Querdenken“-Proteste wird sie auch in Deutschland verbreitet und u.a. von Prominenten vertreten. Sie ist ein Verweis auf die antisemitische „Ritualmordlegende“. Das „Q“ findet sich u.a. auf Aufklebern und T-Shirts wieder.

⁶ Hierbei handelt es sich um eine These, die seit vielen Jahren vor allem von Reichsbürgern vertreten wird und die davon ausgeht, dass die Bundesrepublik kein souveräner Staat sei und von „Fremdmächten“ regiert wird. Begründet wird dies u.a. damit, dass kein Friedensvertrag existiere.

Brandanschlagsserie im Bremer Umland

Im Februar 2020 kam es zu einem Brandanschlag auf ein Restaurant in Syke. Es folgten weitere Brandanschläge auf Restaurants im Juli in Gnarrenburg und im Oktober in Ganderkesee. An allen drei Orten wurden Hakenkreuze hinterlassen. Alle drei Restaurants wurden von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte betrieben, deren Leben zum Teil aufs Spiel gesetzt und dessen Existenzen mit den Taten gefährdet werden sollten. Die hinterlassenen Symbole weisen auf eine rechte Tatmotivation hin und im Bremer Umland gibt es eine umtriebige rechte Szene, die sich u.a. aus rechten Hooligans und Kampfsportlern, dem Rechtsrock und rechten Bruderschaften zusammensetzt. Daher fordert die Mobile Beratung gemeinsam mit der Betroffenenberatung und dem Flüchtlingsrat Niedersachsen, dass die Brandanschläge in den Kontext von rechter Gewalt gestellt und auf ihren Zusammenhang hin untersucht werden.

Aktive Zivilgesellschaft

Positiv hervorzuheben sind die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten an vielen Orten. In antifaschistischen Bündnissen oder Arbeitsgemeinschaften wird sich vielfältig engagiert. Hier exemplarisch einige Beispiele: nach dem Brandanschlag in Syke rief das „Wir sind mehr“ Bündnis in Diepholz zu einer Demonstration auf, an der rund 300 Menschen teilnahmen. In Wildeshausen (2019), Meppen und Oldenburg (2020) gründeten sich neue Bündnisse. An der Hochschule Emden schloss 2019 sich eine AG aus Lehrenden und Studierenden zusammen mit dem Ziel, rechte Strukturen an der Universität sichtbar zu machen und dagegen vorzugehen.